

SPD Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf

31303 Burgdorf, den 19.09.07

An den
Vorsitzenden/die Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport

Antrag gem. § 7 i. Verb. mit § 8 /1a der Geschäftsordnung
zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport am 20.09.07

Sehr geehrter Herr Leunig
Sehr geehrte Damen und Herren,

namens der SPD-Fraktion stelle ich den Antrag, den Punkt „Schulbeihilfen für Kinder“
auf die Tagesordnung zu setzen.

Zur Begründung verweise ich vorab auf die beigelegte Anlage.

Mit freundlichen Grüßen



Rudi Alker
Schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion

Anlage:
Brief des DGB vom 29.08.07

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Region
Niedersachsen-Mitte**

DGB Region Niedersachsen-Mitte
Otto-Brenner-Str. 1 • 30159 Hannover

Regionspräsident Hauke Jagau

Oberbürgermeister Stephan Weil

An die Mitglieder des Regionsparlamentes Hannover

**An die Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte mit
Schulträgerschaft in der Region Hannover**

Unsere Zeichen
G:\Region\Themen\Bildung\DGB Appell Schulbeihilfen Hannover.doc

**DGB Region
Niedersachsen-Mitte**
Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover
Telefon: 05 11 – 1 63 87-0
Telefax: 05 11 – 1 63 87-34

Telefon-Durchwahl
05 11 - 1 63 87-24
0170 63 45 421

Internet:
www.dgb-hannover.de
E-Mail:
hannover@dgb.de
steffen.holz@dgb.de

Datum
29.08.07

**Aktion gegen Kinderarmut
Hier: Schulbeihilfen für Familien mit geringem Einkommen**

Sehr geehrter Herr Jagau, sehr geehrter Herr Weil,
sehr geehrte Damen und Herren,

aus jüngsten Berichten geht hervor, dass immer mehr Kinder von Armut betroffen sind. Hervorgehoben werden dabei immer wieder die negativen Auswirkungen auf ihre gesamte schulische und spätere berufliche Entwicklung.

Zwar ist dieses Problem den politischen Entscheidungsträgern im Bund schon seit längerem bekannt. Aber auch die am Montag, den 27. August 2007, auf der Klausurtagung der Bundesregierung in Meseberg für den 1. Januar 2008 geplanten Änderungen bei den Hartz-IV-Regelungen schaffen hier kaum Abhilfe. Denn lediglich 400.000 Kinder und Jugendliche mit Eltern, die Hartz-IV als Aufstockung zu einem Arbeitsverdienst erhalten, würden bundesweit hiervon profitieren. 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren mit Eltern, deren einzige Einkommensquelle Hartz IV ist, müssten leer ausgehen.

Ein Teufelskreislauf wird in Gang gesetzt, welcher sich zwischen unzureichenden Bildungschancen und mangelnden beruflichen Perspektiven dreht. Der DGB wendet sich daher an Sie mit dem dringenden Appell, diesem Missstand durch die Einrichtung von Schulfonds für Schulbeihilfen an Bedürftige Abhilfe entgegen zu treten.

Angesichts der in dieser Woche bevorstehenden Einschulungen ist eine Lösung besonders dringlich. Denn gerade für ABC-Schützen ist der erste Schultag ein aufregendes Ereignis, auf das sie sich freuen. Für Eltern hingegen ist die Einschulung eine teure Sache: Die Grundausrüstung für ein Schulkind mit Tornister, Federmäppchen, Farbkasten und Sportschuhen kostet rund 180 €.

Der DGB tritt für kommunale Schulmittelfonds ein, um die Chancen von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten zum Schulbeginn zu verbessern. Aus dem Fonds sollen

die Kosten für notwendige Schulsachen wie Ranzen, Füller, Hefte und Turnbeutel erstattet werden.

Aber nicht nur für Schulanfänger muss es Unterstützung geben, sondern auch für ältere Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien. Denn die laufenden Ausgaben für Tintenpatronen, Hefte oder Kopien pro Schuljahr summieren sich auf mindestens 50 €. In höheren Schulstufen übersteigen sie schnell 100 €, wenn etwa Kosten für Exkursionen, Eintrittsgelder oder für einen grafikfähigen Taschenrechner anfallen.

Den Eltern von Schulkindern entstehen Kosten, die im Hartz-IV-Satz von monatlich 208 € für Kinder bis 14 Jahre nicht vorgesehen sind: Schulsachen tauchen dort als Bedarf erst gar nicht auf. Für „Schreibwaren im Allgemeinen“ stehen dort lediglich 1,64 € zur Verfügung. Das reicht gerade mal für einen Bleistift und ein Radiergummi, aber schon nicht mehr für ein Päckchen Patronen oder gar Schreibhefte, Malblöcke, Pinsel und Bastelmaterial. Auch der Ansatz für ein Mittagessen für Schulkinder in Höhe von 79 Cent ist viel zu niedrig. Mit leerem Magen und ohne Schulsachen lernt es sich aber schlecht. Würde man diesen Zustand so belassen, würden diese Kinder ihrer Bildungschancen beraubt und zu Schulkindern zweiter Klasse gemacht.

Wir fordern die Schulträger darum auf, Soforthilfen zur Verfügung stellen, solange keine höheren Leistungen auf Bundesebene oder Lernmittelfreiheit für sozial Schwache auf Landesebene durchgesetzt sind. Dies ist allerdings im Augenblick kaum zu erwarten. Beispielsweise erklären sich Bundespolitiker aufgrund der Änderungen durch die Föderalismusreform inzwischen für nicht zuständig. Schulsachen werden aber jetzt gebraucht, die Kinder können nicht warten. Deshalb brauchen wir eine schnelle und unbürokratische Hilfe vor Ort.

Wir verweisen auf andere Städte, die bereits kommunale Schulbeihilfen eingeführt haben. So gewährt die Stadt Oldenburg zumindest 50 € pro Schulkind und Schuljahr und die Stadt Chemnitz 25 €. In Osnabrück gibt es 50 € zum Beginn des 1., 5. und 11. Schuljahres. In Göttingen und im Landkreis Dahme-Spreewald in Brandenburg beträgt die Beihilfe 80 € für jedes Kind, das eingeschult wird, in München 100 €. Was anderswo geht, sollte auch in der Region Hannover möglich sein.

Konkret schlagen wir vor, anlässlich des bevorstehenden Schuljahresbeginns bei den kommunalen Schulträgern Schulmittelfonds einzurichten. Daraus könnten dann Haushalte mit geringem Einkommen gegen Vorlage von Quittungen die Ausgaben für notwendige Schulsachen erstattet bekommen. Der DGB würde die Erstattung der tatsächlichen Kosten für alle Schulstufen und nicht nur für die Schulanfänger begrüßen.

Darum bitten wir alle Fraktionen, Gruppen und Mandatsträger im Regionsparlament sowie in den Stadt- und Gemeinderäten darum, die Initiative zur Einrichtung von Schulfonds zwecks Gewährung von Schulbeihilfen für einkommensschwache Familien zu ergreifen.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
Region Niedersachsen-Mitte

gez. Sebastian Wertmüller
Regionsvorsitzender

gez. Steffen Holz
Regionssekretär
Mitglied des Schulausschusses der Region